

1 Liebe Wähler\*innen,

2

3 hinter uns liegen sechs Jahre, in denen die Jamaika-Kooperation im Kreistag Wesel  
4 (das waren CDU, GRÜNE, FDP & VWG) politisch „das Heft in der Hand“ hatte.

5

6 Dabei herausgekommen ist:

7

- 8       ▪ die Aidshilfe musste ihr Büro in Wesel schließen,
- 9       ▪ der Burghofbühne,
- 10       ▪ dem Kloster-Kamp,
- 11       ▪ Frauen helfen Frauen,
- 12       ▪ der Schwangerschaftskonfliktberatung
- 13       ▪ den frühen Hilfen
- 14       ▪ und anderen Institutionen wurden Gelder gestrichen.

15

16 Dadurch wurden die gesellschaftlichen Initiativen, deren Einsatz wir alle bitter nötig haben,  
17 geschwächt und wichtige Bausteine sozialer und kultureller Infrastruktur einfach  
18 weggewischt ohne die Spätfolgen zu bedenken.

19

20 Das eine Kommune kein Wirtschaftsunternehmen ist und somit auch anderen Geboten zu  
21 folgen hat wurde dabei nicht bedacht.

22

23 So darf z.B. Schulbildung niemals vom Einkommen der Eltern abhängig sein, und auch der  
24 Schwächste in der Gesellschaft muss die Leistungen der Daseinsvorsorge bezahlen können.  
25 Sechs Jahre haben wir **LINKEN im Kreistag Wesel** gegen diese Kürzungen angekämpft.  
26 Sechs Jahre haben wir **LINKEN im Kreistag Wesel** deutlich gemacht, dass Sachzwänge für  
27 uns nur die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sind und wir niemals Streichungen im  
28 personellen und sozialen Bereich zustimmen werden. Im Gegenteil, gerade hier muss sich  
29 der Kreis verstärkt engagieren.

30 **Wie verheerend sich Streichungen auswirken, hat uns Corona gezeigt.**

31 **In den Gesundheitsämtern fehlen bundesweit Mitarbeiter und Ärzte, Testmaterial und**  
32 **Schutzkleidung. Bei den Pflegekräften ist es noch drastischer, da fehlen mittlerweile 17.000**  
33 **Mitarbeiter\*innen.**

34

35 Unsere Vision von einer lebenswerten Kommune ist die wirkliche Selbstverwaltung. Weder  
36 die Landesregierung von CDU/FDP noch die von SPD & GRÜNEN ist ihrer Verantwortung  
37 gerecht geworden und hat für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen gesorgt.  
38 Kein Wunder, dass Jamaika in den sechs Jahren nichts Besseres als „KÜRZEN“ eingefallen  
39 ist.

40 **Corona hat uns gezeigt, dass es für das allgemeine Wohl nicht am besten ist, wenn jeder**  
41 **versucht seinen maximalen Nutzen zu erzielen, sondern, dass es die Solidarität ist, die dem**  
42 **Überleben dient. Das nur die bewusste, individuelle Entscheidung, die im Sinne der**  
43 **Gemeinschaft getroffen wird, den Einzelnen und damit die Gemeinschaft schützen kann.**

44

45 Ab dem 14. September 2020 beginnt eine neue Wahlperiode.

46 Ökologie –die Rettung unsers Planeten- und soziale Gerechtigkeit, die Armut überwindet und  
47 allen gleiche Lebensmöglichkeiten bietet, sind mit die Grundlage für eine gutes Leben.

48 **DIE LINKE im Kreis Wesel** steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir  
49 streben eine neue demokratische Gesellschaftsordnung an, in der die Politik nicht von den

50 Interessen der Industrie, der Banken und der Konzerne bestimmt wird. Wir wollen eine  
51 Steuerpolitik, die die wirklich Reichen, die Erben großer Vermögen und Unternehmen  
52 belastet. Wir wollen die Einrichtungen und Betriebe der Daseinsvorsorge, wie z.B.  
53 Krankenhäuser, Verkehr, Wohnungsbau und Energieversorgung in öffentlicher Hand halten  
54 bzw. dahin zurückführen.  
55 Wir setzen auf ein Umsteuern in der Wirtschafts- Umwelt- und Verkehrspolitik, damit wir  
56 alle Möglichkeiten nutzen, um der Verschärfung der Klimakrise entgegenzuwirken.  
57 Das wird es nicht umsonst geben!

58 **Corona hat unser Land in eine große Krise gestürzt, es wird ein großer Wirtschaftseinbruch**  
59 **erwartet. Steuereinnahmen werden wegbrechen und Sozialleistungen werden ansteigen.**  
60 **Das wird sich auch auf die Kreisumlage auswirken. Da ist ein Schutzschirm von Land und**  
61 **Bund für die Kommunen notwendig.**

62 **Was nach der Krise kommt wissen wir nicht. Was wir LINKEN jedoch wissen ist, nach der**  
63 **Coronakrise darf die Solidarität nicht enden und auch die Wertschätzung nicht, die sich in**  
64 **besseren Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung äußern muss, für alle, die durch**  
65 **ihren unermüdlichen Einsatz dafür sorgen, dass wir durch diese schwere Zeit kommen.**  
66 **Ihnen sind wir zu großem Dank verpflichtet, sie haben uns gezeigt, was Solidarität bedeutet.**  
67

68 DU HAST DIE WAHL  
69 OB DU ZULÄSST,  
70 **DASS SOZIALE GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT VERLOREN GEHEN ODER**  
71 **NICHT.**  
72

73 **Daher am 13. September 2020 mit allen Stimmen DIE LINKE. wählen!**  
74

## 75 **Gute Arbeit braucht faire Bedingungen**

76  
77 Zwar hat sich die Zahl der amtlich gemeldeten Erwerbslosen in den letzten Jahren auch im  
78 Kreis Wesel deutlich verringert, aber von einem „Beschäftigungswunder“ kann keine Rede  
79 sein. Denn einerseits werden zahlreiche Erwerbslose aus der Statistik herausgerechnet und  
80 andererseits hat die Zahl der Mini- und Teilzeitjobs, der befristeten Stellen und Leiharbeits-  
81 Verhältnisse auch im Kreis Wesel zugenommen. Ein Großteil der Freiberufler und  
82 Selbständigen lebt unter prekären Bedingungen. Aufgrund von Firmenschließungen finden  
83 Fachkräfte keinen Ersatzarbeitsplatz mehr der ihrer Qualifikation entspricht.  
84 **DIE LINKE im Kreis Wesel** tritt für Arbeitsplätze ein, die unbefristet, tariflich bezahlt und  
85 existenzsichernd sind. Gerade im öffentlichen Dienst hat es in den vergangenen Jahren  
86 einen massiven Stellenabbau gegeben; gerade hier gibt es die Möglichkeit, neue  
87 Arbeitsplätze zu schaffen.  
88

89 Lange Wartezeiten bei Bürgerämtern und in der KFZ-Zulassungsstelle sind inakzeptabel,  
90 Kindertagesstätten benötigen mehr Erzieher\*innen. Um den Herausforderungen gewachsen  
91 zu sein, die der Klimawandel und die demographische Entwicklung mit sich bringen, werden  
92 Viele Arbeitsplätze zu schaffen und zu besetzen sein. An Arbeit mangelt es nicht!  
93

94 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**  
95

- 96       ▪ Einen deutlichen Ausbau des öffentlichen Dienstes und eine Verbesserung der
- 97       Daseinsvorsorge.
- 98       ▪ Die Servicestellen der Kommunen des Kreises müssen personell besser ausgestattet
- 99       sein.
- 100      ▪ Der Stellenabbau und die Ausgliederungen im öffentlichen Dienst müssen beendet
- 101      werden.
- 102      ▪ Auszubildende müssen unbefristet übernommen werden.
- 103      ▪ Kontrollen in Gewerbebereichen in Bezug auf Arbeitsschutzbedingungen und
- 104      Einhaltung der Tarifverträge. (Unzulässige Überstunden, mangelnde Ruhepausen
- 105      usw. sind in einigen Betrieben üblich, um Personal einzusparen.)
- 106      ▪ Bei der Auftragsvergabe möglichst auch Tariftreue und Arbeitsbedingungen
- 107      festschreiben, auch für Unterauftragnehmer.
- 108      ▪ Im Bereich Wirtschaftsförderung muss besonders darauf geachtet werden, dass
- 109      Unternehmen tatsächlich existenzsichernde, zukunftsfähige Arbeitsplätze anbieten.

110      DIE LINKE im Kreistag Wesel hat in der vergangenen Wahlperiode umfangreiche  
111      Anfragen und Anträge zur Arbeitsplatzsituation der Beschäftigten in der Kreisverwaltung  
112      Wesel gestellt. So ist DIE LINKE stets der Thematik der angefallenen Überstunden, den  
113      Überlastungsanzeigen, der Ausbildungssituation oder auch der Frage des betrieblichen  
114      Gesundheitsmanagement nachgegangen. Ebenso beantragte DIE LINKE stets die  
115      Entfristung von Arbeitsverträgen bei der Kreisverwaltung.

## 114      **Schluss mit der ungebremsten Aufheizung des Klimas**

### 115      **Radikale Verkehrswende – ein zentraler Hebel für ein ökologisches Umsteuern** 116      **im Kreis**

117      Die Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz für den Kreis Wesel zeigt, dass der gesamte Verkehrssektor im  
118      Kreisgebiet einen Anteil von 36 % des Energieverbrauches ausmacht. Es gibt über 280.000  
119      PKWs, die im Kreis zugelassen sind. Die drohende Klimakatastrophe erfordert, dass in 10  
120      Jahren ein Großteil dieser PKWs nicht mehr über die Straßen des Kreises fährt!  
121      Dafür müssen die Wege für den Fahrradverkehr ausgebaut werden, so wie es unsere  
122      Nachbarn in den Niederlanden vormachen, es sind Abstellflächen und Fahrradparkhäuser  
123      nötig.

124      Dafür ist aber vor allem ein radikaler Ausbau des ÖPNV notwendig. Der Mobilitätsplan des  
125      Kreises sieht bis 2030 eine Erhöhung des Anteils des öffentlichen Verkehrs von 2% auf 3%  
126      an den gesamten im Kreis zurückgelegten Wegen vor (Modalsplit). Das ist lächerlich  
127      angesichts der notwendigen CO<sub>2</sub>-Reduzierungen. Wenn 150 oder 200 Tausend PKWs  
128      weniger fahren sollen, dann muss der Anteil des öffentlichen Verkehrs bis 2030 um das  
129      zehn- oder zwanzigfache gesteigert werden! Die Weichen dafür müssen jetzt gestellt  
130      werden. Jetzt müssen die Investitionen geplant werden, die erforderlichen Linien und  
131      Angebote ausgearbeitet werden.

132      Die Verantwortung dafür liegt beim Kreis und den Kommunen.  
133      Damit die Menschen im Kreis tatsächlich auf ihre Autos verzichten, muss das Angebot des  
134      ÖPNV ähnlich schnell und komfortabel sein. Auch abgelegene Orte müssen abends oder am  
135      Wochenende erreichbar sein. Und die Kosten für die einzelne Fahrt müssen mindestens  
136      vergleichbar mit den Treibstoffkosten eines PKW sein.

137  
138  
139

140 **Freiheit oder Zwang:**

141 Das kann man erreichen, indem man entweder durch CO2-Abgaben die Treibstoffpreise so  
142 erhöht, dass sich die Mehrheit der Bürger die Fahrt mit dem PKW nicht mehr leisten kann  
143 oder will. Oder man senkt die Preise für den ÖPNV. Am sinnvollsten macht man die Fahrt  
144 mit dem ÖPNV ohne gesonderte Nutzungsgebühr möglich, genauso wie für die PKWs weder  
145 für Straßen, Brücken und die meisten Parkplätze eine gesonderte Nutzungsgebühr erhoben  
146 wird. Der Anteil an der Finanzierung des ÖPNV durch die Fahrpreise kann durch eine  
147 Nahverkehrsabgabe der Kommunen oder am besten über die allgemeinen Steuern erfolgen.

148

149 Mit dem massiven Ausbau des ÖPNV würden die Kommunen endlich ihrem  
150 Versorgungsauftrag für die Mobilität der Menschen gerecht, die keinen PKW zur Verfügung  
151 haben, aus Gesundheitsgründen, weil sie zu jung oder zu alt sind oder weil sie sich keinen  
152 leisten können oder wollen. Auch sie müssen zur Schule oder zur Arbeit, müssen zu  
153 Behörden oder zum Arzt, wollen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen oder  
154 Freundschaften pflegen.

155

156 Wenn in 10 Jahren 200.000 PKWs im Kreis weniger bewegt werden und zum Teil ganz  
157 überflüssig sind gewinnen die Kommunen im Kreis erheblichen Verkehrsraum zurück. Dieser  
158 steht für Busse und Fahrradfahrer, für Fußgänger und Kinder zur Verfügung. Die  
159 Lebensqualität für die Bürger im Kreis wird sich erheblich verbessern.

160

161 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 162 ▪ Ein neues Mobilitätskonzept gemeinsam mit den Kommunen und unter Beteiligung
- 163 der Bürger zu erstellen. Das Tabu der Eigenwirtschaftlichkeit muss dabei fallen.
- 164 ▪ Ausgliederung des Busbetriebs aus der NIAG in einen kreiseigenen Eigenbetrieb
- 165 (z.B. durch Verringerung des Kreisanteils an der NIAG).
- 166 ▪ Der ÖPNV gehört in die öffentliche Hand.
- 167 ▪ Trennung der regionalen Verbindungen zwischen den Kommunen vom Netz innerhalb
- 168 einer Kommune.
- 169 ▪ Konsequenter barrierefreier Ausbau der Haltestellen, Umsteigebahnhöfe und Busse.
- 170 ▪ Digitale Information der Nutzer über aktuelle Verbindungen im Netz und an den
- 171 Haltestellen
- 172 ▪ Radwegenetze müssen kreisweit ausgebaut werden
- 173 ▪ Bike- and-Ride Systeme müssen weiterentwickelt werden.

174

175 DU HAST DIE WAHL

176 OB DU ZULÄSST,

177 DASS DIE ERDE WEITER UNGEBREMST AUFGEHEIZT WIRD

178 ODER NICHT

179

180

181 DIE LINKE im Kreistag Wesel setzte sich als einzige Partei für den Erhalt der Dinslakener  
182 Straßenbahnlinie 903 und für den dessen Weiterfinanzierung durch den Kreis Wesel, sowie  
183 gegen die VRR-Preiserhöhungen ein. Außerdem stellte DIE LINKE Anfragen zur  
184 Pünktlichkeit der NIAG.

184

185 **Energie einsparen und Energie regional und regenerativ zur Verfügung stellen**

186

187 Kreis und Kommunen müssen in ihren eigenen Gebäuden, in ihrem Fuhrpark alle  
188 Möglichkeiten nutzen, um den Energieverbrauch zu reduzieren.

189 Über Beratung, Förderung und Vorgaben sollten die Kommunen die Reduzierung des  
190 Energieverbrauchs im privaten Gebäudebestand beschleunigen.

191

192 Alle Möglichkeiten zur lokalen Erzeugung von regenerativer Energie müssen genutzt  
193 werden. Solarzellen auf sämtlichen geeigneten Gebäuden des Kreises und der Kommunen,  
194 alle möglichen Flächen für Windenergie nutzen (am besten durch Energiegenossenschaften  
195 der Bürger), Förderung und Nutzung der Geothermie.

196 Über 50 Einzelmaßnahmen umfasst das Klimaschutzkonzept des Kreises Wesel. Doch CDU,  
197 Grüne und FDP/WVG haben bis Ende 2019 kein Geld zur Umsetzung der Maßnahmen  
198 bereitgestellt. Im Gegenteil sie beschloss, aus dem regionalen Klimabündnis  
199 auszusteigen, nur um 5.000 Euro einzusparen.

200

### 201 **Pilotprojekt für die Umnutzung stillgelegter Steinkohlekraftwerke**

202

203 Die Kraftwerksruine in Voerde sollte nicht teuer ausgeschlachtet und abgerissen werden.  
204 Hunderte Steinkohlekraftwerke werden in den nächsten 20 Jahren stillgelegt werden müssen  
205 – in Voerde könnten sinnvolle Nachnutzungsmöglichkeiten entwickelt und erprobt werden.  
206 Hier kann unter weitgehender Nutzung der vorhandenen Gebäude und technischen  
207 Einrichtung ein Zentrum für die Erzeugung und Speicherung von regenerativer Energie  
208 realisiert werden. Sowohl mit eingeführter und erprobter Technik (z.B. Solarzellen,  
209 Solarthermie, Elektrolyse zur Gewinnung von Wasserstoffgas) als auch, indem in  
210 Zusammenarbeit mit den benachbarten Universitäten neue Technik entwickelt wird.

211

### 212 **Die Zerstörung der Landschaft am Niederrhein eindämmen - eine** 213 **ökologisch nachhaltige Landwirtschaft fördern.**

214

215 Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen,  
216 dass Tiere artgerecht gehalten werden - unabhängig von ihrem Nutzwert. Die Kommunen  
217 müssen ihre Möglichkeiten nutzen, um nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Die  
218 Bedrohungen der Umwelt durch die industrielle Landwirtschaft, die Zerstörungen, die durch  
219 den Salzbergbau aber vor allem durch den Kiesabbau erfolgen, müssen eingedämmt  
220 werden.

221

### 222 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

223

- 224 ▪ Die zeitnahe Reduzierung des Kiesabbaus
- 225 ▪ Alternative Baustoffe, weil sie zur Ressourceneffizienz beitragen  
226 (eine Tonne Beton produzierter Beton = 0,8 to freigesetztes CO<sub>2</sub>),  
227 sowie die Errichtung eines Forschungsstandortes zur Entwicklung dieser Baustoffe,  
228 das ist gut für die Umwelt und es schafft Arbeitsplätze
- 229 ▪ Entschädigung der vom Salzbergbau betroffenen Eigentümer und die Einrichtung  
230 einer Schiedsstelle Salzbergbau
- 231 ▪ Dem Absterben der Wälder muss entgegengewirkt werden
- 232 ▪ Einen „runden Tisch Wald“ unter Einbeziehung der Fach- und Umweltverbände zur  
233 Frage der Wiederaufforstung und zur Problemsituation des Waldsterbens
- 234 ▪ Mehr pestizidfreie Begleitbegrünung (Wildblumen) bei kreiseigenen Flächen
- 235 ▪ Tierschutz muss als umfassende kommunale Aufgabe verstanden werden
- 236 ▪ Den Artenschutz wie der der Knoblauchkröte, Seeadler und anderer vom Aussterben  
237 bedrohter Tierarten in das Bewusstsein rücken
- 238 ▪ Kein Abschuss zurückgekehrter Wölfe

- 239       ▪ umfassende Entschädigung von allen Tierhalter\*innen bei sog. Wolfsrissen und für  
240       wirksame Schutzmaßnahmen
- 241       ▪ Stadtwerke in öffentlicher Hand müssen dazu verpflichtet werden, selbst regenerative  
242       Energie regional zu erzeugen und zu vermarkten
- 243       ▪ Der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Wohnhäusern muss durch Beratungs- und  
244       Förderprogramme vorangetrieben werden
- 245       ▪ Die Umsetzung aller Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes auf Kreisebene muss  
246       personell und finanziell sichergestellt werden
- 247       ▪ Der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Wohnhäusern muss durch Beratungs- und  
248       Förderprogramme vorangetrieben werden
- 249       ▪ Die Umsetzung aller Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes auf Kreisebene muss  
250       personell und finanziell sichergestellt werden
- 251       ▪ Kreis und Kommunen müssen die Einhaltung der Umweltauflagen bei Unternehmen  
252       im Kreis Wesel wesentlich stärker als bisher überprüfen (Öpellets)
- 253       ▪ Eine Stabsstelle Umweldelikte beim Kreis Wesel
- 254       ▪ Die zunehmende Nitratbelastung (Gülle) in der Landwirtschaft muss eingedämmt  
255       werden.
- 256       ▪ Stärkung der ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft und regionaler  
257       Wirtschaftskreisläufe
- 258       ▪ Kreis und Kommunen müssen gemeinsam einen Aktionsplan Wald aufstellen und  
259       Aufforstungen der Bäume vornehmen, die durch den Klimawandel abgestorben sind.
- 260       ▪ Kreis und Kommunen müssen sich für eine Verbesserung des Hochwasserschutzes  
261       einsetzen, der durch den Klimawandel an Bedeutung zunimmt.
- 262       ▪ Im Rahmen des Tierschutzes sind Kontrollen in den Mastbetrieben deutlich zu  
263       verstärken
- 264       ▪ Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime

265 Die Linksfraktion im Kreistag Wesel hat zur Klima- und Umweltthematik eine Vielzahl von  
266 Initiativen eingebracht. So beantragte die Fraktion einen Runden Tisch Wald und ging der Frage  
267 des Waldsterbens im Kreis Wesel nach. Ebenso erfragte DIE LINKE wie es um die  
268 Energieversorgung mit Photovoltaikanlagen bestellt ist. Zudem setzte DIE LINKE eine alternative  
269 Baustoffkonferenz im Kreistag durch, um der Frage nachzugehen welche Alternativen sich zum  
270 Kies aufzeigen. Ebenso erarbeitete DIE LINKE einen umfangreichen Maßnahmenkatalog für  
271 einen besseren Klimaschutz, beantragte den Klimanotstand im Kreis Wesel und setzte durch,  
272 dass 'Fridays for Future' im Kreistag vor der Politik sprechen konnte. Außerdem ging DIE LINKE  
273 der Frage der Umweldelikte nach und befasste sich mit der Grund- und Trinkwasserversorgung,  
274 sowie den Lebensmittelkontrollen im Kreis Wesel. Zudem brachte DIE LINKE eine Vielzahl von  
275 Anfragen zur Thematik Hochwasserschutz und Starkregenereignisse ein.

278  
279

## 280 **Wohnen ist Menschenrecht**

281 Wohnen in Deutschland wird immer teurer. In den Großstädten sind die Mieten in den  
282 vergangenen Jahren explodiert. Im Kreis Wesel sind sie „nur“ gestiegen, deutlich mehr als  
283 die Inflationsrate. Dass es im Kreis Wesel weder Mietexplosionen noch große Wohnungsnot  
284 gibt, darf nicht der Grund für Untätigkeit sein. Mit den kreiseigenen und kommunalen  
285 Wohnungsgesellschaften gibt es Instrumente, um den Neubau dauerhaft, belegungs- und  
286 preisgebundener Mietwohnungen in öffentlicher Hand, umzusetzen.

287

288 Öffentliche Wohnungsbestände müssen gesundheitsfördernd und ökologisch nachhaltig  
289 modernisiert werden. (Barrieren abbauen, schadstofffreie Baumaterialien  
290 verwenden, Energiesparmaßnahmen durchführen). Diese Maßnahmen dürfen nicht zur  
291 Verdrängung von Mieter\*innen führen. Ältere Menschen möchten meistens in ihrem engeren

292 Wohnumfeld verbleiben, weil sie über soziale Kontakte in der Nachbarschaft verfügen. Wenn  
293 die Wohnungen aber nicht barrierefrei sind, in einem höheren Stockwerk liegen oder durch  
294 Veränderungen der Lebenssituation zu groß oder zu teuer sind, müssen Lösungen gefunden  
295 werden, die einen Verbleib im Umfeld ermöglichen. Viele Anspruchsberechtigte nehmen  
296 Wohngeld-Leistungen nicht in Anspruch, weil ihnen das Antragsverfahren zu kompliziert  
297 erscheint.

298

299 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

300

- 301     ▪ Kreis und Kommunen müssen eine aktive Bau- und Wohnungspolitik betreiben und  
302       dürfen Wohnen nicht dem freien Markt überlassen
- 303     ▪ Erlöse aus den Wohnungsgesellschaften sollen reinvestiert und nicht in die  
304       kommunalen Haushalte bzw. den Kreishaushalt fließen.
- 305     ▪ Kreis und Kommunen sollen ein Beratungsangebot zum Wohngeld und mobile  
306       Beratungen vor Ort aufbauen
- 307     ▪ Weiter Druck auf das Land auszuüben, um die vollständige Übernahme der  
308       Straßenbaubeiträge durch das Land durchzusetzen.

309

310 DIE LINKE im Kreistag Wesel wirkte in einem Antrag darauf hin, dass die Mietpreise bei  
311 Neubauprojekten der Grafschaft Moers Siedlungs- und Wohnungsbau GmbH sich im Rahmen der  
312 jeweiligen Mietspiegel bewegen und diese nicht überschreiten. Außerdem beantragte DIE LINKE  
313 eine Neuerhebung der Mietobergrenzen im SGB II und SGB XII für den Kreis Wesel.

314

## 315 **Gesundheit ist keine Ware**

316 Nicht erst der Corona-Virus hat deutlich gemacht: Im Gesundheitssystem zählt der Gewinn,  
317 es gibt keine Kapazitäten für Notfallsituationen. Krankenhäuser behandeln nach rein  
318 wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

319 Das Problem entstand aber nicht erst durch Corona, sondern gehörte bereits vorher zu  
320 unserem Alltag: Termine bei Fachärzt\*innen zu bekommen, darauf warten wir häufig Monate.  
321 Oder wir werden aus dem Krankenhaus entlassen, obwohl unsere Verletzungen noch nicht  
322 verheilt sind. Der Grund: Ärzt\*innen müssen ihre Leistungen nach Katalog abrechnen,  
323 Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen Gewinn machen. Dieses System der sogenannten  
324 Fallpauschalen (DRGS) führt dazu, dass an Pflegekräften zunehmend gespart wird, weil sie  
325 als Kostenfaktor betrachtet werden. Es gibt zu wenig Pflegepersonal, schlecht bezahlt ist es  
326 noch dazu.

327 Was wir alle brauchen sind Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Hand. Wir  
328 brauchen kommunale Pflegedienste. Wir brauchen Ärzt\*innen, die wieder die Zeit haben,  
329 Hausbesuche zu machen. Wir brauchen Gesundheitsämter, die gut ausgestattet sind. Wir  
330 brauchen mehr Personal in der Pflege, das gut bezahlt wird. Für uns als LINKE gilt: Mensch  
331 vor Profit – Gesundheit ist keine Ware, sie ist Menschenrecht!

332

333 Von A wie AIDS-Beratung bis Z wie Zahnärztlicher Dienst umfasst das Aufgabenspektrum  
334 des Gesundheitsamtes etwa 70 verschiedene Bereiche und ständig kommen neue Aufgaben  
335 dazu.

336

337 Die Rechte von Mitwirkungsmöglichkeiten der Patient\*innen müssen weiter gestärkt werden.  
338 Personal wird abgebaut und die unter großen Belastungen arbeitenden Pflegekräfte müssen

339 immer mehr Patient\*innen versorgen. Die Apotheken im Kreis Wesel stehen zunehmend  
340 unter dem Druck der Online-Konkurrenz. Online-Apotheken haben keinen Notdienst, bieten  
341 keine Beratung vor Ort und sind für gerade akut Erkrankte nicht erreichbar. Auf dem Land  
342 gibt es fachärztliche Unterversorgung.

343

344 Es gibt immer weniger Arztpraxen und Apotheken. Eine gute medizinische Grundversorgung  
345 ist vielerorts nicht mehr vorhanden.

346

347 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

348

- 349     ▪ Die Rettungsdienste im Kreis Wesel müssen deutlich ausgebaut werden
- 350     ▪ Notdienststellen dürfen nicht abgebaut und Notdienstpraxen nicht geschlossen  
351       werden
- 352     ▪ Die Kürzungen der AIDS-Hilfe sollen rückgängig gemacht und das Beratungsangebot  
353       ausgebaut werden
- 354     ▪ Den Erhalt und die vollständige Ausfinanzierung der  
355       Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
- 356     ▪ Mehr Personal im Gesundheitsamt
- 357     ▪ Anpassung der Bedarfsplanungs-Richtlinie für die Anzahl der Kinderärzte im Kreis  
358       Wesel

359

360 **Pflege muss würdevoll sein**

361 Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt kontinuierlich. Es geht um die Würde der Menschen,  
362 die sich täglich gegen ökonomische Zwänge behaupten müssen. Pflege ist die Aufgabe der  
363 Gesellschaft und Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Menschen haben ein Recht auf  
364 eine würdevolle und bedarfsgerechte pflegerische Versorgung.

365 Pflegerische Versorgung ist eine anstrengende und anspruchsvolle Arbeit, die nicht  
366 angemessen anerkannt und vergütet wird. Begutachtungsverfahren erfassen den  
367 individuellen Bedarf an Pflege oft nicht. Menschen mit Pflegebedarf müssen selbstbestimmt  
368 entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in  
369 Anspruch nehmen wollen. Im häuslichen Umfeld muss dem Pflegebedarf ebenfalls mit  
370 qualifizierten, professionellen Pflegepersonen entsprochen werden.

371

372 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 373     ▪ Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf
- 374     ▪ Aufbau von kommunalen Pflegediensten und Sozialstationen. Keine Pflegeheime als  
375       Geldanlage für Investoren mit sicheren Renditen von 14%.
- 376     ▪ Stationäre Pflegeeinrichtungen, für Jung und Alt, müssen wohnortnah am ÖPNV  
377       angebunden und gut erreichbar sein
- 378     ▪ Durchsetzung der kommunalen Trägerschaft bei Neubauten
- 379     ▪ Neue Einrichtungen auch in kommunaler Trägerschaft einrichten
- 380     ▪ Ausbau der Kurzzeitpflege

381

382 **Armut in einem so reichen Land ist ein Skandal!**

383

384 Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen mehr als die Hälfte des gesamten  
385 Vermögens. Immer mehr Einkommen konzentrieren sich bei den sehr Reichen. Die hohen

386 Einkommensgruppen profitieren von den sprudelnden Kapital- und  
387 Unternehmenseinkommen.

388  
389 Dagegen sind 40 Prozent der Haushalte mit dem geringsten Einkommen weiter  
390 zurückgefallen. Immer mehr Menschen sind von Armut betroffen. Armut ist kein  
391 unveränderbares Schicksal, sondern ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse. Die  
392 Ursache liegt in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch massenhafte  
393 Arbeitsplatzvernichtung und zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und  
394 Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerbe Perspektive bietet.

395  
396 Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse  
397 sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in den Kommunen. Von  
398 Armut betroffen sind besonders alleinerziehende Frauen, Kinder Langzeiterwerbslose,  
399 Rentner\*innen. Besonders betroffen sind dabei auch Menschen, die kürzlich oder schon vor  
400 langem in unser Land zugewandert sind.

401 Armut, im Kreis Wesel sind ca. 20 % arm oder von Armut bedroht, darf in unserem Land  
402 keinen Platz haben. In einer reichen Gesellschaft ist Armut eine Schande und bedeutet für  
403 die betroffenen Menschen den Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe.

404 Die Zahlen zu Personen, die im Kreis Wesel auf Leistungen der Grundsicherung im Alter ab  
405 65 Jahre angewiesen waren, hat sich ab 2015 von 2.543 Personen, im Jahr 2019 auf 2.869  
406 Personen erhöht. Das entspricht einem Anstieg von 12,8%. Die Zahlen der Grundsicherung  
407 bei Erwerbsminderung im Alter von 18 bis 64 Jahren im gleichen Zeitraum erhöhten sich von  
408 2.187 Personen auf 2.656 Personen. Das entspricht sogar einem Anstieg von 21,5%.

409  
410 Auf Bundes- und Landesebene müssen dafür die Gesetze geändert werden.

411

#### **DIE LINKE kämpft für:**

- 413       ▪ Einen Mindestlohn von 13,00 Euro
- 414       ▪ Höhere Grundrenten und bessere Rentenberechnung
- 415       ▪ Die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze auf 582 Euro
- 416       ▪ Die Einführung einer Mindestsicherung von 1.250 Euro, die Armut tatsächlich  
417 verhindert
- 418       ▪ Die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen
- 419       ▪ Die Abschaffung von perspektivlosen 1-Euro-Jobs
- 420       ▪ Die Einführung eines Sozialpasses damit Menschen mit einem Einkommen unterhalb  
421 des Pfändungsfreibetrages kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen  
422 gewährt wird.

423

#### **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

424

- 426       ▪ Bildungsangebote und Leistungen öffentlicher Träger müssen allen Kindern im Kreis  
427 Wesel kostenlos zur Verfügung stehen. Von der Kita bis zum Schwimmbad.
- 428       ▪ Für Menschen über 65 die Kostenfreiheit für Kultur-, Sport- und Freizeitangebote der  
429 öffentlichen Hand
- 430       ▪ Beratungsangebote zu den Themen Wohngeld und Grundsicherung im Alter
- 431       ▪ Das Jobcenter muss Arbeitssuchende stärken und fördern und in erster Linie sie in  
432 existenzsichernde Beschäftigung vermitteln und nicht in Jobs, in denen sie noch  
433 auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind.
- 434       ▪ Die vollständige Übernahme der Wohnkosten durch die Jobcenter
- 435       ▪ Keine unwürdigen Strom- und Gassperren mehr,

- 436       ▪ die Einrichtung eines kommunalen Härtefonds
- 437       ▪ Die Bekämpfung der Obdachlosigkeit,
- 438       ▪ Zwangsräumungen verhindern
- 439       ▪ Die Schaffung von zusätzlichen Stellen (Streetworker) um wohnungslosen Menschen
- 440       zu helfen
- 441       ▪ Beratende Sitze der AG Wohlfahrt im Sozialausschuss
- 442

## 443 **Moderne Schulen im Kreis, die auch und gerade die Schwächsten**

### 444 **fördern**

445 **DIE LINKE im Kreis Wesel** tritt ein für eine qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und  
446 Jugendlichen. Das gegliederte Schulsystem verfestigt erwiesenermaßen die gesellschaftliche  
447 Spaltung. Deshalb fordert die LINKE eine Schule für alle als Ganztagschule. Als ersten  
448 Schritt dahin müssen Kreis und Kommunen gewährleisten, dass allen Kindern, deren Eltern  
449 dies wollen, ein Gesamtschulplatz zur Verfügung steht. Gerade Kindern aus schwierigen  
450 familiären Verhältnissen müssen die Schulen einen angenehmen Raum zum Lernen bieten,  
451 wo sie sich gerne aufhalten, wo sie gefördert werden, betreut durch ausreichende  
452 Schulsozialarbeit und mit gutem, gesundem Essen versorgt werden.

453 Die Berufskollegs des Kreises spielen eine wichtige Rolle beim Übergang der Jugendlichen  
454 ins berufliche Leben. Deshalb ist es richtig, dass der Kreis erhebliche Mittel in den Ausbau  
455 der Berufskollegs investiert.

456

### 457 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

458

- 459       ▪ Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Kommunen, damit diese
- 460       steigenden Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten
- 461       gerecht werden
- 462       ▪ stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der
- 463       Schulentwicklungsplanung und insbesondere eine gemeinsame
- 464       Schulentwicklungsplanung benachbarter kreisangehöriger Kommunen
- 465       ▪ Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude
- 466       orientiert an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und an den Bedarfen
- 467       inklusive Bildung
- 468       ▪ Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen
- 469       ▪ digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen
- 470

470

471 **DIE LINKE im Kreistag Wesel** wollte mehrfach die Frage des sog. Schulabsentismus im  
472 Fachausschuss thematisieren. Dies lehnten die anderen Parteien und die Verwaltung  
473 bisher leider ab.

473

## 474 **Kunst und Kultur erlebbar machen**

475 Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist in einem starken Wandel begriffen. Kunst  
476 und Kultur sind für LINKE Kommunalpolitik essenzieller Bestandteil des Lebens aller  
477 Menschen. An Kultur müssen alle teilhaben können – unabhängig von Alter, Geschlecht oder  
478 ethnischer Herkunft.

479 Die Mittel, die unsere Städte und Gemeinden für Kultur aufwenden, sind zudem höchst  
480 unterschiedlich. Insbesondere die Kommunen, die dem sogenannten Stärkungspaktgesetz  
481 unterliegen, geben unterdurchschnittlich wenig Geld für Kultur aus.

482 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

483

- 484       ▪ die nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Kunst- und Kulturschaffenden
- 485       ▪ die nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Burghofbühne Dinslaken sowie
- 486       des Kloster Kamp
- 487       ▪ institutionelle Förderung von Künstler\*innen und Kultureinrichtungen, statt
- 488       ausschließlicher Projektförderung; kommunale Beratungsangebote zur
- 489       Projektförderung
- 490       ▪ kostenfreie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen
- 491       Kulturgutes
- 492       ▪ freien Eintritt in Theater für Leistungsbezieher\*innen (SGB II, SGB XII,
- 493       Rentner\*innen)
- 494       ▪ Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene (Nutzung von
- 495       Leerständen)
- 496       ▪ Pflege der Erinnerungskultur
- 497       ▪ Stärkung von Initiativen, die sich aktiv mit Erinnerungskultur beschäftigen.

498

499 Als die Jamaika-Kooperation die Kulturkürzungen durchsetze, war es DIE LINKE im  
500 Kreistag Wesel, die entsprechende Weiterfinanzierungsanträge für die Burghofbühne  
501 Dinslaken, das Geistliche und Kulturelle Zentrum Kloster Kamp und weitere  
Kulturinitiativen eingebracht hat.

502 **Sport verbindet die Menschen**

503 Die Kommunen, Landkreise, Städte und Gemeinden haben eine wichtige Aufgabe beim  
504 Erhalt der kommunalen Infrastruktur. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen  
505 den Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen Sporttreibenden in Privatliga- oder  
506 Betriebssport-Teams in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu  
507 öffentlichen Sportstätten muss jedem Menschen möglich sein. Denn Sport- und  
508 Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Gesundheit, Erholung und Entspannung.

509 Weil er Treffpunkt und für viele ein Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens ist, leistet der Sport  
510 auch eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft  
511 und unterschiedlicher Kulturen. Sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport zeigt sich das  
512 deutlich.

513 Besondere Angebote für Mädchen und Frauen, wie z. B. Mädchenfußball-Teams oder  
514 Selbstverteidigungskurse, sind ein wichtiger Beitrag zu Förderung der Selbstbestimmung.  
515 Auch beteiligen sich Sportvereine an Konzepten und Maßnahmen zur Gewaltprävention.

516 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

517

- 518       ▪ für Schwimmbäder deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche
- 519       Transferleistungen erhalten,
- 520       ▪ die Förderung der Teilnahme aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss
- 521       einen Beitrag zur Inklusion leisten,
- 522       ▪ die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport,

- 523       ▪ die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die  
524       Sportvereine mit besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen,  
525       Migranten und Menschen mit Behinderungen,  
526       ▪ besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern,  
527       Jugendlichen, Migranten und einkommensschwachen Menschen,  
528       ▪ die auskömmliche Finanzierung des Kreissportbundes

529

## 530 **Alle Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft**

531 Die Armut von Kindern und Jugendlichen verharrt seit Jahren auf einem hohen Niveau. In  
532 NRW leben fast 570.000 Kinder und Jugendliche von Hartz IV, 800.000 leben unter der  
533 Armutsgrenze. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf  
534 ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im  
535 Elternhaus zusammen.

### 536 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

537

- 538       ▪ Es müssen ausreichend kommunale Kitaplätze geschaffen werden.  
539       ▪ Die Erzieher\*innen-Ausbildung muss ausgebaut werden.  
540       ▪ Praktikumsplätze im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des  
541       Anerkennungsjahres müssen gefördert werden.  
542       ▪ Kostenlose und ganztägige Freizeit- und Ferienangebote der Städte und Gemeinden  
543       für Kinder in den Schulferien und darüber hinaus müssen vorgehalten werden.  
544       ▪ Beratungsangebote müssen ausgebaut werden  
545       ▪ Beratende Sitze der AG Wohlfahrt im Jugendhilfeausschuss

546

## 547 **Ein erfülltes Leben in Würde ohne Not im Alter**

548 Hohe Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Das Leben  
549 muss aber lebenswert bleiben. Vereinsamung, gesundheitliche Einschränkungen, materielle  
550 Not und drohender Wohnungsverlust, unangebrachte und entwürdigende Behandlung in  
551 Pflegeeinrichtungen sind oft das Schicksal alter Menschen. Kreis und Kommunen haben hier  
552 eine große Verantwortung.

### 553 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

554

- 555       ▪ Nahversorgungsangebote müssen flächendeckend und bedarfsgerecht sein.  
556       ▪ Mobilität muss fahrscheinlos und barrierefrei nutzbar gemacht werden.  
557       ▪ Servicebrücken zwischen Jugend und Alter müssen auf kommunaler Ebene  
558       institutionalisiert werden.  
559       ▪ Wohnprojekte für Senior\*innen-Wohngemeinschaften müssen gefördert werden.  
560       ▪ Mehrgenerationenhäuser müssen gefördert werden.  
561       ▪ Die Heimaufsicht muss gestärkt werden, um in allen Pflegeeinrichtungen eine  
562       angemessene Behandlung der alten Menschen zu gewährleisten.

563

## 564 **Geschlechtergerechtigkeit geht alle an**

565 Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen  
566 gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der

567 öffentlichen Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.  
568 Benachteiligungen wie der nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 20  
569 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Führungspositionen, sexistische Behandlung und  
570 Menschenrechtsverletzungen sind kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher  
571 Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden müssen.

572 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 573
- 574     ▪ Der Kreis Wesel muss mit gutem Beispiel vorangehen.
  - 575     ▪ Frauen- und Mädchenprojekte sowie Frauenhäuser müssen erhalten werden.
  - 576     ▪ Sichere Treffpunkte für Mädchen und junge Frauen sowie für Lesben, Schwule,  
577       Trans- und Interpersonen müssen gefördert werden.
  - 578     ▪ Gleichstellungsbeauftragte müssen gegenüber Politik und Verwaltung gestärkt  
579       werden.
  - 580     ▪ Diskriminierung von Frauen und der LGBTIQ-Gemeinde muss durch Weiterbildung  
581       und Aufklärung entgegengewirkt werden.
  - 582     ▪ besondere Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender aller Geschlechter vor  
583       Ort, unter anderem bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im  
584       Krankheitsfall,
  - 585     ▪ die Stärkung von Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung,
  - 586     ▪ den Ersatz von Minijobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den  
587       kommunalen Verwaltungen,
  - 588     ▪ die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“  
589       in den Verwaltungen,
  - 590     ▪ die systematische Förderung von Frauen und eine Selbstverpflichtung des  
591       Kreistages, Frauen in kommunalen Verwaltungen tatsächlich zu befördern,
  - 592     ▪ die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen,
  - 593     ▪ flächendeckende Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle  
594       Frauen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation,
  - 595     ▪ sichere Kreisflächen (Beleuchtung, Wege, sichere Parkplätze, Notrufeinrichtungen,  
596       etc.

597

598 Als LINKE setzen wir uns auf kommunaler Ebene für folgende Maßnahmen ein:

599 1. Wir lehnen jede Kriminalisierung von Prostituierten ab. Spielräume im  
600 Prostituiertenschutzgesetz von 2017 müssen so genutzt werden, dass es nicht zu  
601 Bußgeldern gegen Prostituierte kommt.

602 2. Für die Betroffenen bedarf es einer lokalen Infrastruktur mit niedrighschwelligen und  
603 kostenlosen Ausstiegs- und Unterstützungsangeboten. Dabei darf der Zugang zu  
604 Unterstützungsangeboten nicht von einer Entscheidung für den Ausstieg abhängig gemacht  
605 werden. Besonders bei ausländischen Frauen, die ohne Pass oder illegal hier leben, muss  
606 der Schutz der Frauen absolut Vorrang haben.

607 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 608     ▪ kostenlose, freiwillige Gesundheits- und Rechtsberatungen durch die  
609       Gesundheitsämter und auf Wunsch kostenlose ärztliche Untersuchungen, auch für  
610       Menschen ohne Pass oder ohne Krankenversicherung
- 611     ▪ Vorhalten von Schutzwohnungen und wenn nötig Öffnung der lokalen Frauenhäuser  
612       für von Gewalt Betroffene aus der Prostitution
- 613     ▪ Sicherstellung des Zugangs zu traumapsychologischen Angeboten und zu  
614       Sprachkursen

615 **Homophobie und Ausgrenzung von LGBTIQ\* (Lesben, Schwule,**  
616 **Bisexuelle, Transpersonen, Intersex-Personen, andere queere**  
617 **Identitäten) bekämpfen**

618 Geschlechtergerechtigkeit betrifft und hilft nicht nur Frauen, sondern allen Menschen, die  
619 aufgrund ihrer Sexualität oder geschlechtlichen Identität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder  
620 gar gewaltsam angegriffen werden. Wissenschaftliche und statistisch belastbare Studien  
621 belegen, dass Offenheit und Aufklärungsstand an Schulen, was homosexuelle  
622 Partnerschaften und geschlechtliche Identitäten betrifft, rückläufig sind.

623 Noch immer haben Menschen des LGBTIQ\*-Spektrums gesetzlich nicht die gleichen Rechte  
624 und Möglichkeiten wie heterosexuelle Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren,  
625 das ihnen bei der Geburt von Eltern und Medizin zugewiesen wurde.

626 Wir, DIE LINKE, kämpfen für eine echte Gleichstellung aller Menschen. Niemand darf  
627 aufgrund der eigenen Sexualität oder des eigenen Geschlechts diskriminiert werden. Damit  
628 das aber klappt, bedarf es dringender Aufklärung, Beratung und Hilfe in der Bevölkerung.

629 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 630       ▪ eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen, Schulsozialarbeitern und  
631       Vertrauenslehrkräften in Schulen und Berufsschule,
- 632       ▪ Coming-out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung in Sachen sexueller und geschlechtlicher  
633       Vielfalt und Selbstbestimmung,
- 634       ▪ Jugendlichen durch qualifizierten Unterricht die Möglichkeit geben, sich ein  
635       authentisches und eigenes Bild zu machen, Stereotype auszuräumen und somit den  
636       Abbau von Diskriminierung sowie Mobbing fördern; dies gilt für Schulen,  
637       Berufsschulen, Jugendzentren und andere Bildungseinrichtungen im kommunalen  
638       Bereich,
- 639       ▪ finanzielle und personelle Absicherung kommunaler Beratungsstellen,
- 640       ▪ Ausbau von regelmäßigen sowie sicheren Treffpunkten und Beratungsstellen (auch  
641       telefonisch und anonym) herbeiführen; Lösungen für Probleme im Bereich Coming-  
642       out, Gewaltübergriffe, Mobbing und Diskriminierung müssen verfügbar und  
643       zugänglich sein,
- 644

645 **Verpflichtung zur Inklusion in allen Lebensbereichen**

646 Es gibt viele soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische  
647 Gestaltungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe einschränken und verhindern. Nur wenn auch  
648 diese Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. Die LINKE kämpft für das  
649 Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung,  
650 reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung,  
651 Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

652 Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen  
653 nach und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen,  
654 Werkstätten sowie Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in  
655 der Regelschule, dem Ersten Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz,  
656 Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld geben, damit selbstbestimmtes Leben für  
657 Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört auch ein neuer Blick auf Lernziele  
658 und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche Leistung.

659 Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle  
660 Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den  
661 Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck,  
662 Senioren\*innen, Fahrradfahrer\*innen und Menschen mit Behinderungen.

663 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 664
- 665     ▪ Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der
  - 666         Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne
  - 667         Behinderungen gleichermaßen
  - 668     ▪ Schulung von Verwaltungsmitarbeiter\*innen
  - 669     ▪ offensive Information durch die Verwaltung zum persönlichen Budget, damit
  - 670         Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten
  - 671         können
  - 672     ▪ Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen
  - 673         Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie, das
  - 674         Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte
  - 675         und ihrer Würde zu fördern
  - 676     ▪ umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien,
  - 677         Wahleinrichtungen)
  - 678     ▪ Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den
  - 679         Betroffenen demokratisch gewählt werden
- 680

681 **Zuwanderung ist normal und bereichert – gemeinsam für ein gutes**  
682 **Leben eintreten**

683 Seit mehr 100 Jahren beherbergen das Rheinland und Westfalen Europas größte  
684 Industrieregion. Noch länger ist das Gebiet bereits ein Einwanderungsland. Ende des 19. /  
685 Anfang des 20. Jahrhunderts kamen hunderttausende Pol\*innen und Masur\*innen ins  
686 Ruhrgebiet. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen erst Vertriebene aus den Ostgebieten.  
687 Dann wurden Arbeiter aus den noch landwirtschaftlich geprägten Süddeutschen Ländern,  
688 speziell aus Bayern, angeworben, später dann Arbeiter aus Südeuropa und der Türkei. Und  
689 immer kamen auch Menschen, die wegen politischer Verfolgung in ihren Ländern geflüchtet  
690 sind, aus dem Iran, aus Ungarn, aus Spanien und Portugal, aus Griechenland, aus  
691 Lateinamerika und aus der Türkei. Es kamen Menschen aus Osteuropa, deren Urahnen aus  
692 deutschen Ländern dorthin ausgewandert sind. Die Erweiterung der EU und die  
693 Arbeitnehmerfreizügigkeit ermöglichte vielen hierher zu kommen, um zu arbeiten und sich  
694 hier niederzulassen. Und immer wieder sind es Kriege und Bürgerkriege, die oft direkt oder  
695 indirekt (durch Waffenlieferungen) von Westeuropäischen Staaten geschürt wurden, die  
696 Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Und nicht zuletzt Perspektivlosigkeit und pure  
697 Not, besonders in den ausgeplünderten Ländern Afrikas, treibt Menschen dazu, sich auf den  
698 lebensgefährlichen Weg nach Europa zu wagen.

699 Kreis und Kommunen haben die Aufgabe, Menschen, die neu hier ankommen, aber auch  
700 solchen, die schon länger hier leben und noch nicht angekommen sind, zu helfen, sich in  
701 unserer Gesellschaft zurechtzufinden und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

702 Sie müssen darauf vorbereitet sein, ein große Zahl von Menschen aufzunehmen, die hierher  
703 kommen, weil politische Unterdrückung, Krieg oder auch die Klimakatastrophe ein  
704 Weiterleben in ihrer Heimat unmöglich machen.

705 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 706
- 707
- 708
- 709
- 710
- 711
- 712
- 713
- 714
- 715
- 716
- Kommunen und Kreis müssen dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beitreten.
  - Kommunen müssen Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen. Auch dazu sind ausreichend günstige Wohnungen dringend nötig.
  - Kommunal angebundene Antidiskriminierungsstellen müssen geschaffen werden.
  - Geflüchteten und Einwander\*innen aus anderen EU-Staaten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht werden, Sprach- und Integrationskurse zu absolvieren.
  - Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden.
  - Ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse müssen schneller anerkannt werden.
  - Die vielen guten Projekte und Initiativen, die durch die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums angeregt wurden, müssen kreisweit ausgedehnt werden.

717 **Digitalisierung vorantreiben – Risiken und Bedrohungen für die**

718 **Menschen eingrenzen!**

719 Die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Technische Innovationen wie das

720 Smartphone und das Tablet bestimmen Alltag und Arbeitswelt. Das Internet der Dinge breitet

721 sich schrittweise aus. So werden in einer digitalisierten Gesellschaft massenhaft Daten

722 gesammelt, verarbeitet und verwertet. Dies stellt uns vor große Herausforderungen.

723 Bürger\*innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und öffentlichen

724 Unternehmen. Diese müssen einfach zugänglich gemacht werden. Bürger\*innen können sich

725 so leichter wehren und Widerstand organisieren gegen Entwicklungen die ihr Leben

726 beeinträchtigen.

727 Die Netzinfrastruktur sollte in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand sein. Hierfür

728 müssen die umfangreichen staatliche Investitionen genutzt werden.

729 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 730
- 731
- 732
- 733
- 734
- 735
- 736
- 737
- 738
- 739
- Bei Straßenerneuerungen und Neubauten werden durch die Kommunen verpflichtend Glasfaserkabel verlegt.
  - Schulen werden an Breitbandnetze angeschlossen und müssen mit ausreichend digitalen Endgeräten ausgestattet werden.
  - Der Verwaltung und den Schulen müssen qualifizierte Mitarbeiter\*innen in ausreichender Zahl für die Einrichtung und Wartung der digitalen Infrastruktur zur Verfügung stehen.
  - Allen Bürger\*innen muss der digitale Einstieg erleichtert sowie die Weiterbildung z.B. über die Angebote der VHS garantiert werden.

740 DIE LINKE im Kreistag Wesel bemühte sich um den digitalen Zugang beim Jobcenter

741 des Kreises, setzte sich für die Live-Übertragung von Kreisausschuss- und

742 Kreistagssitzungen ein, fragte beim Thema Breitbandausbau nach und forderte eine

743 digitale Bürger-App und thematisierte den Datenschutz bei Online-Umfragen des Kreises

744 Wesel.

745

746

747 **Der Kreis Wesel gehört in den RVR – die Region gemeinsam**

748 **entwickeln**

749 DIE LINKE sieht in der weiteren Regionalisierung kommunaler Aufgaben einen Weg zur

750 Überwindung der wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land und der

751 unterschiedlichen Entwicklung in den Städten zugunsten gleichwertiger Lebensbedingungen.

752 Die Entwicklung regionaler, demokratisch organisierter Zusammenarbeit „von unten“ muss  
753 gestärkt werden.

754 Der RVR ist seit 2009 wieder für die Regionalplanung im Ruhrgebiet zuständig. 2020 werden  
755 die Mitglieder der Verbandsversammlung erstmals direkt gewählt. DIE LINKE hatte die  
756 Stärkung des RVR und die Direktwahl mit als erste Partei gefordert – nun wird sie umgesetzt.  
757 Die Stärkung des RVR jedoch blieb auf halbem Wege stecken.

758 DIE LINKE stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und des „Kirchturmdenkens“.  
759 Wirtschaftliche Fortschritte und soziale Sicherheit in einer Kommune dürfen nicht durch  
760 Nachteile wie Erwerbslosigkeit und Sozialabbau in anderen erkaufte werden. Wie dringend  
761 eine engere Zusammenarbeit der Kommunen nötig ist, macht im Ruhrgebiet z. B. die  
762 vergleichsweise katastrophale Situation des öffentlichen Nahverkehrs deutlich.

763 DIE LINKE will Konkurrenz abbauen und tritt für die Stärkung der Kooperation von  
764 Kommunen z. B. durch kommunale Zweckverbände oder andere politische  
765 Zusammenschlüsse ein.

766 DIE LINKE setzt auf eine Strategie nachhaltiger Regionalpolitik, die auf ökonomischen,  
767 ökologischen und sozialen Zielsetzungen zur Wirtschaftsentwicklung, zur Schaffung neuer,  
768 sozial abgesicherter Arbeitsplätze sowie zur Erhöhung der Ressourcenproduktivität basiert.

#### 769 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 770       ▪ die Stärkung der Landschaftsverbände, die für die Kreise und die Kommunen
- 771       wichtige Funktionen bei der Erfüllung überörtlicher kommunaler Aufgaben wahrnimmt
- 772       ▪ das eindeutige Bekenntnis zum RVR – der Kreis Wesel ist Teil des Ruhrgebiets
- 773       ▪ eine weitere Stärkung des RVR als regionalem, kommunalem Verband, der auf
- 774       entsprechend vereinbarter Grundlage auch Aufgaben der Kommunen übernehmen
- 775       darf,
- 776       ▪ die Verbesserung des rechtlichen Rahmens zur Erarbeitung von Flächennutzungs-
- 777       und Bebauungsplänen, die kommunale Grenzen überschreiten, um z. B.
- 778       gemeinsame Gewerbegebiete entwickeln zu können.
- 779

#### 780 **Ein friedlicher Kreis Wesel – gegen Aufrüstung und Militarisierung**

781 Die Städte am Niederrhein haben in diesem Jahr an die letzten Monate des 2. Weltkriegs am  
782 Niederrhein erinnert, an die Kämpfe um den Rheinübergang der Alliierten und die damit  
783 verbundenen massiven Zerstörungen der jahrhundertealten Städte, die vielen toten Zivilisten  
784 und Soldaten. Die Lehre aus diesem Gemetzel darf nicht vergessen werden – Nie wieder  
785 Krieg!

786 Und: Nicht erst Krieg gefährdet unsere Städte und Kommunen, sondern bereits die  
787 ungeheure Aufrüstung. Die Militär- und Rüstungsausgaben sollen im Bundeshaushalt bis  
788 2024 auf 60 bis 70 Milliarden Euro steigen. Dieses Geld fehlt vor Ort etwa bei Investitionen in  
789 Bildung, Arbeit und Infrastruktur. Statt für Rüstung und Krieg werden die Mittel für den  
790 Nahverkehr, für Sozialleistungen und für den sozialökologischen Umbau der Wirtschaft, wie  
791 z. B. den Strukturwandel beim Ausstieg aus der Braunkohle, dringend benötigt.

#### 792 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

793

- 794       ▪ Kreis und Kommunen treten internationalen Städtebündnissen für Frieden bei.
- 795       ▪ Der ICAN-Städteappell muss unterstützt werden.
- 796       ▪ Kriegerverherrlichende Denkmäler müssen verschwinden.
- 797       ▪ Jugendliche müssen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer
- 798       Meldedaten an die Bundeswehr aufgeklärt werden.
- 799

## 800 **Gemeinsam gegen rechts**

801 Rechten Organisationen gehört der Nährboden entzogen. Allein 2018 gab es im Kreis Wesel  
802 nach Angaben der NRW-Landesregierung 71 angezeigte Straftaten im Bereich  
803 Rechtsextremismus (davon 34 in Moers, 15 in Wesel und 13 in Dinslaken). Viele Menschen  
804 fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien  
805 und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Rechtsextreme  
806 versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“, insbesondere der „deutschen Frauen“ im  
807 öffentlichen Raum zu etablieren. Sie greifen bestehende Ressentiments und antimuslimische  
808 Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu  
809 bahnen. DIE LINKE unterstützt den antifaschistischen Widerstand.

810 Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den  
811 Kampf gegen rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, sind  
812 Orte des Erinnerns und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu  
813 organisieren.

### 814 **DIE LINKE im Kreis Wesel fordert:**

- 815
- 816       ▪ konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech“), Null-Toleranz
- 817       gegenüber Rassismus, Diskriminierung, Nationalismus im Netz, am Stammtisch oder
- 818       anderswo.
- 819       ▪ keine Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen
- 820       ▪ flächendeckende Informations- und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt
- 821       ▪ konsequente Verfolgung rechter Gewalt- und Wiederholungstaten
- 822       ▪ keine Verschleierung rechter Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden
- 823       ▪ Erhalt der Mahn- und Gedenkstätten antifaschistischen Widerstands
- 824       ▪ Es gibt keine Zusammenarbeit mit Rassist\*innen, Rechtspopulist\*innen und
- 825       Faschist\*innen in den Kommunalparlamenten.
- 826       ▪ Rechten Aufmärschen wird mit Gegendemos, Sitzblockaden und anderen Aktionen
- 827       begegnet.
- 828       ▪ Opfer rechter Gewalt bekommen Hilfsangebote und Unterstützung.
- 829       ▪ die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ für die Opfer des Faschismus sowie
- 830       die Erstellung einer kreisweiten Übersichtsbroschüre
- 831       ▪ die Aufarbeitung von Euthanasieverbrechen vor Ort,
- 832       ▪ die lokale Aufarbeitung von Zwangsarbeiterschicksalen,
- 833       ▪ die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen,
- 834       Jugendorganisationen, Volkshochschulen, Kinder- und Jugendräten und andere;  
835       dazu sind mögliche Fördermittel von Stiftungen oder der öffentlichen Hand auszuloten  
836       und interessierten Gruppen zur Verfügung zu stellen,
- 837       ▪ Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und anderen öffentlichen  
838       Gebäuden,
- 839       ▪ Aufführungen von entsprechenden Theaterstücken
- 840       ▪ Förderung von Multimedia-Projekten (Kurz-)Filme, Internetseiten, Social-Media-  
841       Accounts etc.) zur Erinnerungskultur
- 842

843 DU HAST DIE WAHL  
844 OB WIR IN EINER OFFENEN GESELLSCHAFT LEBEN  
845 ODER NICHT!

846

847 **Gemeinsam für eine bessere Gesellschaft**

848 Immer mehr Menschen lehnen den ungehemmten Kapitalismus ab und wollen eine  
849 Gesellschaft der Freiheit, der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit und der  
850 Solidarität. Gemeinsam mit ihnen will DIE LINKE für eine demokratische, soziale und  
851 ökologische Gesellschaft kämpfen, für den demokratischen Sozialismus. Die  
852 Alternative ist nicht "Freiheit oder Sozialismus", sondern Demokratie und Freiheit in  
853 einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ohne Ausbeutung und  
854 Unterdrückung. Gemeinsam können wir dieses Land verändern und eine bessere  
855 Gesellschaft aufbauen.

856

857 Stand: 04.05.2020